18.06.98

## **Antrag**

der Abgeordneten Michael Müller (Düsseldorf), Robert Antretter, Wolfgang Behrendt, Friedhelm Julius Beucher, Ursula Burchardt, Marion Caspers-Merk, Dr. Marliese Dobberthien, Ludwig Eich, Lothar Fischer (Homburg), Arne Fuhrmann, Dr. Liesel Hartenstein, Volker Jung (Düsseldorf), Susanne Kastner, Horst Kubatschka, Eckart Kuhlwein, Klaus Lennartz, Christoph Matschie, Ulrike Mehl, Jutta Müller (Völklingen), Georg Pfannenstein, Dietmar Schütz (Oldenburg), Richard Schuhmann (Delitzsch), Reinhard Schultz (Everswinkel), Dr. Angelica Schwall-Düren, Ernst Schwanhold, Dr. Dietrich Sperling, Dr. Peter Struck, Dr. Bodo Teichmann, Jella Teuchner, Dr. Wolfgang Wodarg, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

## Verstrahlte Atommülltransporte

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

- Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, bis zum 24. Juni 1998 die Zahl aller Atommülltransporte durch Deutschland zu der französischen Wiederaufarbeitungsanlage La Hague und der englischen Wiederaufarbeitungsanlage in Sellafield seit 1985 aufzulisten.
- 2. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die dabei festgestellten Verstrahlungen an den deutschen bzw. französischen Transportbehältern und Transportwaggons nach Zahl und Umfang darzulegen.
- Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, das Bundesamt für Strahlenschutz anzuweisen, die derzeit gültigen Transportgenehmigungen für die Firma NTL mangels Zuverlässigkeit zu widerrufen.
- 4. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die erforderlichen Verwaltungsverfahren zur Überprüfung der Betriebsgenehmigungen für einzelne Kernkraftwerke mit dem Ziel des Widerrufs einzuleiten, soweit die Zuverlässigkeit der Betreiber nicht gegeben ist.
- Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf darzulegen, über welchen Zeitraum der Weiterbetrieb von Kernkraftwerken infolge des Wegfalls der Transportgenehmigungen noch zulässig ist, sowie darzulegen, ab welchem Zeitraum

Betriebsgenehmigungen mangels ausreichender Lagerkapazität an den Standorten der Kernkraftwerke aufgehoben werden müssen.

- Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf darzulegen, auf welche Weise die eingetretenen Verstrahlungen beseitigt werden, so daß keine weitere Gefahr für die Gesundheit der Menschen besteht.
- 7. Der Deutsche Bundestag ist der Ansicht, daß die Atomkraft betreibenden Unternehmen bis Ende Juni alle diejenigen Personen, die von den Verstrahlungen der Atommülltransporte gewußt haben, von ihren Aufgaben zu entbinden haben.

II.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich zu Gesprächen über die Zukunft der Entsorgung atomarer Brennstäbe einzuladen. Die Zahl der Transporte muß auf das unvermeidbare Maß verringert werden. Grundlage dafür sind der schnellstmögliche Ausstieg aus der Atomkraft, die direkte Endlagerung atomaren Abfalls, die Ausweitung der Lagerkapazitäten an den Kernkraftwerken und die Errichtung von Zwischenlagerkapazitäten in Süddeutschland.

Bonn, den 17. Juni 1998

Michael Müller (Düsseldorf) **Robert Antretter Wolfgang Behrendt** Friedhelm Julius Beucher Ursula Burchardt Marion Caspers-Merk Dr. Marliese Dobberthien Ludwig Eich **Lothar Fischer (Homburg)** Arne Fuhrmann Dr. Liesel Hartenstein Volker Jung (Düsseldorf) **Susanne Kastner** Horst Kubatschka **Eckart Kuhlwein Klaus Lennartz** 

Christoph Matschie
Ulrike Mehl
Jutta Müller (Völklingen)
Georg Pfannenstein
Dietmar Schütz (Oldenburg)
Richard Schuhmann (Delitzsch)
Reinhard Schultz (Everswinkel)
Dr. Angelica Schwall-Düren
Ernst Schwanhold
Dr. Dietrich Sperling
Dr. Peter Struck
Dr. Bodo Teichmann
Jella Teuchner
Dr. Wolfgang Wodarg
Rudolf Scharping und Fraktion